Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 17. **Dienstag** den 17. Januar 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen der am 16. d. Monats beginnenden, mit dem Weiterbau des Siegesdenkmals verbundenen Arbeiten wird

der Wochenmarkt

unter Freihaltung der Promenade bis auf Weiteres auf dem **Fleischerplatze** und **Töpferplatze** abgehalten.

Die Vertheilung der Stände und Plätze erfolgt durch den stellvertretenden Marktvoigt, **Inspector Rentsch, Naschmarkt 1, 2 Treppen,** dessen Anordnungen allenthalben Folge zu leisten ist.

Leipzig, am 12. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 124. Dr. Georgi. Hennig.

Holz-Auction.

Mittwoch, den **18. Januar cr.,** sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abth. 9 und 10 des **Burgauer Forstreviers** zwischen der Flutrinne und dem Hauptwasser an den **Militairschießständen**

180 starke **Abraumhaufen**
250 „ **Langhaufen** und
150 Bund Dornen

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf obigem Schlage.

Leipzig, am 2. Januar 1888.

Des Raths Forstdeputation.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) Ca. **110 Mark** in Gold und Silber, aus einer **Wohnung** in Nr. 41 der Moltkestraße, vom 1. bis 8. dss. Mts.;

2) ein neues **Cigarren-Pfeifchen von Meerschaum mit kugelförmigem Kopf,** Bernsteinspitze und der Aufschrift „alte neune“, aus dem Gastlocale in Nr. 9 der Härtelstraße, vom 7. bis 8. dss. Mts. Nachts;

3) ein **Frauen-Regenmantel,** ziemlich neu, von braunem Stoff, mit braunem Sammtkragen, einer Reihe Metallknöpfe und braunem Sammetbesatz, aus einer **Küche** in Nr. 19 der **Reichsstraße,** am 7. dss. Mts. früh;

4) eine wollene **Jagdweste,** braun und grün garnirt, mit Hornknöpfen und 2 Seitentaschen, eine blaue weißgestreifte **Leinwandblouse,** eine dunkle **Gurthose,** ein Paar neue weiße **Filzschuhe** und ein dunkelblaues halbseidenes **Shawltuch,** aus dem Neubau Nr. 3 der Simsonstraße, vom 10. bis 11. dss. Mts. Nachts;

5) ein **Winterüberzieher,** wenig getragen, von dunkelbraunem, rauhem Stoff mit ebensolchem Sammtkragen, hellgrauem, großcarrirtem Schooß- und gestreiftem Aermelfutter, einer Reihe Horn- oder Steinnußknöpfe mit verdeckter Patterie, Billettäschchen und Kettchenhenkel, aus dem Gastlocale Café **Babelsberg** Königsplatz 5, am 10. dss. Mts. Nachmittags;

6) eine braunwollene **Pferdedecke** mit blauen und rothen Streifen und brauner Bordeneinfassung, sowie eine grüne **Peitsche** mit braunem Griff, von einem Geschirr von Nr. 16 der Münzgasse, am 12. dss. Mts.;

7) **31 Mark baar** in div. Silbermünze, aus einem Verkaufsladen in Nr. 30 der Petersstraße, am 7. dss. Mts. Mittags;

8) eine alte flache silberne **Cylinderuhr** ohne Secunde, Rückseite mit Schildchen und anhängender **Nickelkette,** aus einem Garderoberaume in Nr. 10 der Kurzen Straße, am 14. dss. Mts. Vormittags;

9) ein **Winterüberzieher** von glattem, grauem Stoff, mit 2 Reihen Hornknöpfen, Sammtkragen, orangemustertem, wollenem Futter und Kettchenhenkel, aus dem **Börsen-Restaurant, Poststraße** 4, am 14. dss. Mts. Mittags;

10) ein **Winterüberzieher,** fast neu, von glattem, braunem Stoff, mit einer Reihe Knöpfe, Sammtkragen, roth- und grüncarrirtem Futter und der Firma „G. Harisch Crimmitschau“ im Henkel; in den Taschen ein **Notizbuch,** eine **Schmiege** und ein **Tageobillet** III. Classe „Werdau-Leipzig“, aus dem **Gastlocale** „Stadt Augsburg“ Windmühlenstraße 5, am 15. dss. Mts. Nachmittags;

11) eine Partie buntwollene **Kopftücher** und ca. 16 Stück ebensolche **Taillentücher,** von einem Verkaufsstande auf dem Augustusplatze, vom 12. bis 13. dss. Mts. Nachts;

12) ein 2räderiger **Handwagen,** blau gestrichen, mit der Firma „Hôtel Sedan“, von einem freien Platze am Thüringer Bahnhofe.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände **oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminalabtheilung zur Anzeige zu bringen.**

Leipzig, am 16. Januar 1888.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. D.

Städtische Realschule,

Nordstraße 37.

Die **Anmeldung neuer Schüler für Ostern d. J.** erbitte ich mir **Mittwoch,** den 18., und **Donnerstag,** den 19. Januar Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr.

Das letzte Schulzeugniß (Michaeliscensur), das **Taufzeugniß** (Geburtsschein) und der Impfschein sind vorzulegen.

Die für die südvorstädtischen Classen bestimmten Schüler sind ebenfalls im Hauptgebäude (Nordstraße 37) anzumelden.

Dr. F. Platz.

Nichtamtlicher Theil.

Rußlands Friedensbedingungen.

Der Friede wird nach der neuesten Aeußerung des „Journal de St. Pétersbourg“ auf lange Zeit erhalten bleiben können, wenn die Integrität, die Würde, die Ehre und die Interessen Rußlands geschützt werden. Natürlich könne keine Regierung den Frieden für eine bestimmte Zeit verbürgen, aber bisher habe die russische Regierung ihre Friedenspolitik stets unter Bedingungen ausgesprochen und bethätigt, deren Wichtigkeit Niemandem habe entgehen können. Das ist eine Erklärung, welche an Geschraubtheit und Gewundenheit nichts zu wünschen übrig läßt und etwa soviel besagt, daß Rußland den Frieden so lange aufrecht erhalten wird, als ihm gut dünkt und sich in seiner Politik ausschließlich durch die Rücksicht auf seine Interessen leiten lassen wird. Man kann nicht sagen, daß diese Eröffnung besonders angenehm wirkt, zumal wenn man damit die neuesten militairischen Maßnahmen in Zusammenhang bringt. Die Verlegung des 2. kaukasischen Armeecorps mit einer Schützenbrigade und einer kaukasischen Cavalleriedivision an die rumänisch-österreichische Grenze kann unmöglich das Vertrauen auf die friedlichen Absichten Rußlands stärken, denn es fehlt an jedem annehmbaren Grunde für diese Maßregel; der angebliche Vertheidigungszweck, der für alle russischen Truppenbewegungen der neuesten Zeit vorgeschützt wird, kann nicht geltend gemacht werden, weil es an jedem Anhaltspuncte für die Absicht der Nachbarn Rußlands fehlt, die Ruhe des Reiches durch einen Angriff zu stören. Daß Rumänien mit solchen Plänen umgeht, glaubt Rußland sicherlich selbst nicht, und wenn die Türkei gleich Oesterreich-Ungarn Vorkehrungen trifft, um sich gegen einen russischen Angriff zu schützen, so sind daran nur die drohenden Schritte Rußlands schuld. Es ist immer derselbe Kreislauf, in welchem sich die russische Politik bewegt, und wenn die Centralmächte auch noch so sehr geneigt sind, jede friedliche Versicherung von russischer Seite ernst zu nehmen und danach ihre Handlungsweise einzurichten, so bereitet doch die russische Politik diesem Streben die größten Hindernisse und zwingt fortdauernd zur gespanntesten Aufmerksamkeit auf Alles, was auf russischer Seite geschieht. Durch die Budgetaufstellung des nunmehrigen russischen Finanzministers Wyschnegradski kann Niemand getäuscht werden, das sind todte Zahlen, die jeden Augenblick durch lebendige Thaten ausgelöscht werden können.

Die Redensarten des „Journal de St. Pétersbourg“ von der Integrität, der Würde, der Ehre und den Interessen Rußlands erhalten einen Inhalt durch den neuesten Artikel des „Nord“, welcher im Anschluß an die Gerüchte über Schritte zur Beseitigung des Prinzen Ferdinand von seinem Posten als Fürst Bulgariens erklärt, daß alle Mächte die Entfernung des Prinzen aus Bulgarien als unabweisbar erkannt hätten. Die Ausführung sei der Vereinbarung der Mächte vorbehalten. Rußland erachte die Dazwischenkunft der Türkei unter Mitwirkung der Mächte als die beste Lösung der Schwierigkeit. Aus den Andeutungen des „Nord“ ergiebt sich, daß in der That diplomatische Verhandlungen oder vielmehr Vorbesprechungen über diese Angelegenheit im Werke sind, aber es liegt bereits von österreichischer Seite eine halbamtliche Stimme vor, welche die Aussichtslosigkeit dieser Vorbesprechungen erkennen läßt. Das Wiener „Fremdenblatt“ bespöttelt den Ausspruch des Prinzen Ferdinand beim Neujahrsempfang der Abgesandten des Heeres, daß die Bulgaren, zu denen er sich mitzählt, für das Vaterland zu sterben wissen werden und nennt diese Redewendung problematisch, aber es zieht daraus den Schluß, daß mit der Beseitigung des Coburgers wenig gewonnen wäre. Obwohl der Gedankengang des „Fremdenblatts“ an Klarheit zu wünschen übrig läßt, so zeigt er doch, daß Oesterreich-Ungarn keine Lust hat, sich an den diplomatischen Schritten, welche auf Beseitigung des Prinzen Ferdinand von seiner Stellung als Fürst von Bulgarien abzielen, zu betheiligen. Die öffentliche Meinung des nichtrussischen Europas hat sich denn auch übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die Entfernung des Prinzen Ferdinand aus Bulgarien erst dann in Frage kommen könne, wenn Rußland einen den übrigen Vertragsmächten genehmen Nachfolger namhaft gemacht hat.

Nachrichten, welche der „Post“ aus St. Petersburg auf dem Umwege über Paris und Brüssel zugehen, geben ein trauriges Bild von der Begriffsverwirrung, welche zu erzeugen sich die russische im Verein mit der französischen Kriegspartei angelegen sein läßt. Danach wäre Rußland nicht abgeneigt, den Beistand der Türkei zur Wiederherstellung der Ordnung in Bulgarien anzunehmen, wenn die Mächte zu gleicher Zeit das Princip der politischen russischen Action, welche der militairischen der Türkei folge, annehmen würden. Der Türkei falle die Ausübung des Zwanges zu, Rußland allein die Wiederherstellung der Ordnung. Rußland werde eine feste defensive Haltung gegenüber dem deutsch-österreichischen Bündniß einnehmen und fortfahren, sich gegen jeden Druck zu wehren, welcher eine seinen Ansichten entgegengesetzte Lösung der bulgarischen Frage im Auge habe. Rußland wünsche, daß der Vorschlag zur Intervention der Türkei von Berlin ausgehe, aber man täusche sich nicht darüber, daß weder Oesterreich noch die Türkei, noch England einen solchen Vorschlag, der auf die alleinige Action Rußlands hinauslaufe, annehmen würden.

Es ist klar, daß Rußlands Absicht nicht sowohl darauf gerichtet ist, in Bulgarien Ordnung zu schaffen, als die Gestaltung der Ordnung, welche sich ohne Rußlands Beistand dort vollziehen könnte, zu verhindern. Die Ordnung wäre in Bulgarien überhaupt wahrscheinlich nie gestört worden, wenn Rußland das Land sich selbst überlassen hätte. Erst die fortwährenden Störungen und Beunruhigungen, welche Rußland sich seit der Thronbesteigung des Fürsten Alexander in Bulgarien angelegen sein ließ, haben einen Zustand erzeugt, welcher den Bulgaren eine Machtverstärkung als einzigen Ausweg zur Aufrechthaltung von Freiheit und Unabhängigkeit erscheinen ließ. Als es dem Fürsten Alexander gelungen war, die ihm gesetzten russischen Vormünder Kaulbars und Sobolew zu beseitigen, kam der Einheitsdrang der Bulgaren in Bulgarien und Ostrumelien zum Durchbruch, und der unselige 18. September, an welchem die Verkündung der Vereinigung von Nord- und Südbulgarien erfolgte, lieferte Rußland den längst erwünschten Vorwand, um in die Entwicklung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel einzugreifen.

Die Dinge haben eine ganz andere Wendung genommen, als Rußland erwartet hatte, die Abdankung des Fürsten Alexander hat nicht den gehofften Erfolg gehabt, Bulgarien unter das russische Joch zu beugen, im Gegentheil hat sich die Widerstandskraft des kleinen Landes gegen russische Beglückungsversuche in ganz überraschender Weise bewährt, und wenn auch in dem Prinzen Ferdinand kein würdiger Nachfolger des Fürsten Alexander gefunden worden ist, so reicht seine Kraft doch aus, um die Kräfte des Landes zusammenzuhalten und sie für eine neue Probe seines Dranges nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit vorzubereiten. Langer erfolgreicher Widerstand pflegt die Fähigkeit dazu zu stählen, und die bisherigen Leistungen des bulgarischen Volkes sind der Art gewesen, daß sie gute Erwartungen für die Zukunft erregen. Zum Unglück für das beklagenswerthe Volk steht die Partie seit langer Zeit so, daß nicht das Mitgefühl des nichtrussischen Europas mit dem endlichen Schicksal Bulgariens in Betracht kommt, sondern daß allein die Rücksicht auf die Erhaltung des europäischen Friedens den Ausschlag giebt. Ob Bulgarien diesem Hauptfactor der öffentlichen Wohlfahrt unseres Erdtheiles zum Opfer fallen wird, muß die Zukunft lehren.

Leipzig, 17. Januar 1888.

* Der „Kölnischen Zeitung“ wird zur Parteilage aus Berlin geschrieben:

In wiederholten Malen hat sich in neuerer Zeit die den Nationalliberalen feindliche Presse von rechts und links mit den Aeußerungen einzelner Blätter beschäftigt, welche selbstständig zu der nationalen Richtung stehen, aber ebensowenig beanspruchen, Organe der Partei selber zu sein, als letztere eine solche Zumuthung an dieselben stellen wird. Gewiß ist es wissenswerth und von Bedeutung, wie sich das eine oder andere hervorragende Organ, welches auf dem nationalliberalen Standpuncte steht, zu einzelnen brennenden Fragen verhält; aber Diejenigen irren doch sehr, welche die Haltung der nahezu hundert Köpfe betragenden nationalliberalen Fraction des Reichstags nach der ausgesprochenen Meinung des einen oder andern Zeitungsblattes zu beurtheilen oder — wie gewöhnlich — zu verurtheilen geschäftig sind. In einen solchen Fehler ist neulich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verfallen, als sie ein vielverbreitetes liberales Blatt in Baden, dem gewisse Mittheilungen zum Vorwurf gemacht wurden, als Organ der nationalliberalen Fraction bezeichnete, was es keineswegs ist. Insbesondere sind es die Fragen der Verschärfung des Socialistengesetzes und der fünfjährigen Legislaturperioden, worüber nach den sehr unmaßgeblichen Aeußerungen einzelner liberaler Blätter auch die Stimmung und Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraction von den gegnerischen Zeitungen orakelt und hämisch commentirt wird. Was die Verlängerung der Legislaturperioden betrifft, so können wir die Gegner dieses Vorschlags vollständig beruhigen. Sie werden, da die nationale Reichspartei nahezu einstimmig den Antrag vertritt, all ihren Zorn und all ihr Gift darüber gegen die Gesammtpartei losströmen lassen können, und man wird dabei vielleicht erleben, daß Herr Ludwig Bamberger seine eigenen Worte essen muß. Was dagegen die Verschärfung des Socialistengesetzes anbelangt, so hat unseres Wissens noch kein Führer oder irgend ein Mitglied der nationalliberalen Fraction sich dahin ausgesprochen, und wenn Zeitungsstimmen in dieser Richtung laut geworden sind, so ruht die Verantwortlichkeit dafür vollständig auf den Verfassern, welche mit der vollen Freiheit ihrer Meinung auch die Verantwortlichkeit dafür haben. Ebenso muß aber betont werden, daß die zum Theil sehr fadenscheinigen Beweise für die Unterkunft des bisherigen Gesetzes, welche da und dort aufgetaucht sind, in keiner Weise als Meinungsausdruck der parlamentarischen Vertreter der nationalliberalen Partei erscheinen können, welche bisher seit 1878 einmüthig bei den wiederholten Erneuerungen für das Gesetz eingetreten sind. Daß die Erfahrungen der letzten Jahre hierin einen Wandel geschafft haben sollen, ist uns sehr zweifelhaft. Im Gegentheil läßt sich behaupten, daß gerade die neuesten Erlebnisse den vollen Beweis für die Nothwendigkeit des besondern Gesetzes gegen besondere Gefahren bewiesen haben. Der weitere Streit über diese Frage ist jetzt um so müßiger, als in den nächsten Tagen der Gegenstand im Reichstag zur Verhandlung kommen muß.

* Der **Gesetzentwurf** über die Verlängerung des **Socialistengesetzes** ist beim Reichstage nunmehr eingegangen. Die Verlängerung ist bis zum 30. September 1893 beabsichtigt; die bisherigen Meldungen über die Verschärfungen des Gesetzes sind im Allgemeinen zutreffend.

* * *

* Aus **Wien,** 14. Januar, meldet die „Post“: „Die Hindeutung der **preußischen Thronrede** auf unberechenbare Ereignisse im Zusammenhang mit dem Umstande, daß alle Neujahrsauszeichnungen am russischen Hofe den Repräsentanten der chauvinistischen Richtung zugefallen sind, haben die allgemeine Auffassung der Lage in minder freundlichem Sinne beeinflußt. Wie gemeldet wird, soll von russischer Seite in letzter Zeit die Candidatur des Prinzen **Karageorgewich,** des Schwiegersohnes des Fürsten von Montenegro, für den **bulgarischen Thron** propagirt und erst auf die entschiedene Erklärung Oesterreichs, diese Candidatur nicht annehmen zu können, zurückgezogen worden sein.“

* In den Jahren 1781—1787 wurden von **Josef II.** in der neu erworbenen **Provinz Galizien** zahlreiche kleinere **deutsche Colonien** angelegt. Gegen 12,000 Deutsche, meist Auswanderer aus Baden, Württemberg, Hessen, Nassau, der bayerischen Pfalz und dem Elsaß, fanden in den Kreisen Sambor, Rzeszow, Lemberg, Zolkiew, Sanok, Sandez, Bochnia, Przemysl, Stryj, Brzezan, Zloczow, Tarnopol und Stanislau eine neue Heimath. Nicht weniger als 150 neue deutsche Dörfer wurden aufgebaut. Zum allergrößten Theile gehörten die Colonisten dem evangelischen Glauben an, doch gab es auch Katholiken unter ihnen. In drei der deutschen Dörfer, Einsiedel, Rosenberg und Falkenstein, verdanken den Mennoniten ihr Dasein. Betrübend ist nun die Thatsache, daß die deutschen Katholiken, welche in besonderen Ortschaften angesiedelt wurden, theilweise ihre Muttersprache aufgegeben haben und zu Polen geworden sind. So wurden in den letzten fünfzig Jahren fast ganz polonisirt die ehedem katholisch-deutschen Orte Neudörfel, Wiesendorf und Laufendorf bei Alt-Sandez, Wachendorf bei Limanowa, Burgau bei Cieszanow, Falkenberg bei Dobromil, Padew bei Mielec und Groß- und Klein-Rauchersdorf bei Nisko. Andere katholisch-deutsche Ansiedelungen erhielten sich dagegen fast unvermischt deutsch, so z. B. Königsau bei Drohobycz, Brunndorf, Burgthal, Ebenau, Neuhof, Weißenberg und Ottenhausen bei Grodek, Wildenthal und Kunischau bei Kolbuszow, Schönanger und Tuszyn bei Mielec und Ueberdorf bei Podbaice. Die evangelischen deutschen Gemeinden, bewahrten fast ohne Ausnahme ihr Deutschthum rein bis auf den heutigen Tag. Daß sich diese Gemeinden, denen leider jeder Mittelpunct fehlt, bisher der Polonisirung erwehrt haben, verdanken sie hauptsächlich dem Gustav Adolf-Vereine, der seit länger als fünfzig Jahren mit bedeutenden Summen für deutschen Gottesdienst und deutschen Unterricht gesorgt hat. Auch die deutschen Schulvereine in Berlin und Wien haben nach Kräften dazu beigetragen, einzelnen besonders bedrohten Gemeinden deutschen Unterricht ferner zu ermöglichen. In neuester Zeit werden aber auch die evangelischen deutschen Gemeinden in Galizien mehr und mehr vom Polonismus bedroht. Durch Ueberredung und Einschüchterung versucht man hier und da die Colonistengemeinden zu dem Entschluß zu bringen, das Polnische, das schon Lehrgegenstand in allen deutsch-evangelischen Schulen ist, als Unterrichtssprache einzuführen. In einzelnen deutsch-evangelischen Orten, z. B. in Neu-Sadlau bei Bochnia, Deutsch-Lebnitza bei Wieliczka, Deutsch-Brzezie, Hundsdorf, Deutsch-Dombrowla und Zbikowitz bei Neu-Sandez, hat das Polnische leider schon vermögen das Uebergewicht erlangt, daß die gänzliche Polonisirung dieser Orte nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte. Auch manche andere deutsch-evangelische Gemeinden, besonders solche, die polnische Pfarrer und Lehrer haben, werden im Laufe der nächsten Jahrzehnte der deutschen Zunge verloren gehen; der allergrößte Theil der deutschen Colonistengemeinden in Galizien aber wird wohl seinen deutschen Charakter zu bewahren im Stande sein.

* Nach Pariser Mittheilungen sind (wie die „Post“ über **Brüssel** erfährt) in **Paris** Telegramme aus **St. Petersburg** eingetroffen, nach welchen **Rußland** nicht abgeneigt sei, den Beistand der **Türkei,** um die Ordnung in **Bulgarien** wieder herzustellen, anzunehmen, wenn die Mächte zu gleicher Zeit das Princip der politischen russischen Action, welche der militairischen der Türkei gegen Bulgarien folge, annehmen würden. Der Türkei habe die Ausübung des Zwanges zuzufallen, Rußland allein die Wiederherstellung der Ordnung. Rußland werde eine feste defensive Haltung gegenüber der deutsch-österreichischen Coalition einnehmen, was auch sich ereignen möge, und fortfahren, sich gegen jede Pression stark zu machen, welche eine seinen Ansichten entgegengesetzte Lösung der bulgarischen Frage im Auge hätte, St. Petersburg werde keine Vorschläge machen. Rußland hat schon vor drei Monaten sich geweigert, die Intervention der Türkei vorzuschlagen. Wenn dieser Vorschlag von Berlin käme, würde er ernsthaft in St. Petersburg discutirt werden, aber man glaubt, daß das österreichische Cabinet wenig geneigt ist, einen ähnlichen Vorschlag mit der alleinigen Action Rußlands anzunehmen. Auch würde denselben weder die Türkei noch England annehmen. (Siehe Leitartikel.)

* Aus **Petersburg,** 14. Januar, wird uns geschrieben: „In Folge der in jüngster Zeit oft wiederholten Petitionen um Ertheilung der russischen Unterthanenschaft an Kinder solcher Personen, welche sich naturalisirt haben, hat das Ministercomité eine Revision der hierauf bezüglichen Vorschriften dem Minister des Innern aufgetragen. Derselbe hat nunmehr ein Project ausgearbeitet, wonach die Kinder solcher Ausländer, die sich naturalisiren lassen, gleichzeitig mit den Eltern die russische Unterthanenschaft erlangen.“

* **Zur Lage in Bulgarien** berichtet die „Politische Correspondenz“ aus **Scutari d'Albania,** 31. December:

Selten fehlt es hier an Anlässen zu Aufregung und Beängstigung. Mögen auch die Ursachen oft dem europäischen, an größere Verhältnisse gewöhnten Leser ganz unbegreiflich kleinlich erscheinen; hier, in dieser weltabgeschiedenen Landschaft, wo die schärfsten politischen, religiösen und selbst nationalen Gegensätze sich berühren, kann ein einziges Wort die Wirkung des Funkens in dem Pulverfasse erzeugen. Man höre also die Geschichte des neuesten Conflictes zwischen Christen und Moslims unserer Provinz.

Um sich an den Türken zu rächen, hatten die Christen von Alessio heimlich eine Sau in die dortige Moschee hineingejagt, wo das Thier verschiedenes Unheil anrichtete. Nicht genug an dieser Bosheit, schlachteten sie das Thier und malten mit dem Blute desselben verschiedene Kreuzeszeichen die Mauern der Moschee entlang, welche dadurch, nach muhammedanischen Begriffen, entweiht ist. Natürlich bemächtigte sich ob dieser That aller Moslims, nicht nur Alessios, sondern ganz Albaniens überhaupt, eine tiefreichende Entrüstung, zu welcher jedoch die Türken insofern wenig Ursache haben, als die Mohammedaner nicht nur im vergangenen Jahre zwei katholische Kirchen in Alessio verunglimpft hatten, sondern sich auch ein besonderes Vergnügen daraus machen, bei ihren Schmähungen Kreuze als Zielscheiben aufzustellen. Man darf es ruhig aussprechen, daß die Schuld nicht an der fanatischen, aber ungebildeten Bevölkerung, sondern an den thatlos zuschauenden türkischen Behörden liegt. Die christliche Geistlichkeit hatte wiederholt Beschwerde geführt und nachdrücklich auf die Gefahr von Repressalien seitens der beleidigten Christen hingewiesen. Immerhin zeigen solche Vorfälle, daß Aufklärung und Duldung hier noch keinerlei versöhnende Wirkung auszuüben vermochten.

Der als Civil-Gouverneur wieder eingesetzte **Tahir Pascha** empfindet es schwer, daß ihm der Befehl über die Militairmacht unserer Provinz entzogen bleibt, weshalb er anscheinend nur widerwillig sein Amt ausübt. Seine Gegner ruhen übrigens nicht und eine einflußreiche Partei ist bestrebt, in Konstantinopel seine gänzliche Abberufung durchzusetzen. — Hier verlautet gerüchtweise, daß ein von **Konstantinopel** abgegangener türkischer Kriegsdampfer mit 900 zur Ergänzung der Scutariner Militair-Division bestimmten Rekruten an Bord unterwegs gescheitert sei.

* Wie aus **Belgrad** gemeldet wird, dürfte die Frage der durch Skupschtina-Beschluß angeregten Auflassung einiger **serbischer Gesandtschaften** nochmals den Gegenstand von Berathungen im Schooße des Ministerraths bilden, da die allgemeine politische Situation diese vom Cabinet Ristic in Aussicht genommene Maßregel gegenwärtig als kaum zweckmäßig erscheinen lasse.

* Einer Meldung aus **Rom** zufolge werden in den dem **Vatican** nahestehenden Kreisen die Aussichten für das Gelingen der officiös geführten Unterhandlungen behufs Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen **Großbritannien** und dem heiligen Stuhle als gering betrachtet, da man im Vatican die Forderungen der englischen Regierung als zu weitgehend ansieht. Namentlich gelte dies von dem Ansinnen, daß der heilige Stuhl in officieller Weise die irische Nationalpartei und deren auf Homerule gerichtete Bestrebungen desavouire. Diesbezüglich werde seitens des Vaticans hervorgehoben, daß der heilige Stuhl die nationale Bewegung Irlands nicht unbedingt und schlechtweg, sondern nur insofern verdammen könne, als sie Ansätze zu revolutionairen Tendenzen in sich schließt. Nach einer weiteren Meldung hat der Vatican in den Austausch von Ordens-Decorationen aus Anlaß der zum Papst-Jubiläum nach Rom gekommenen außerordentlichen **spanischen Gesandtschaft** unter Führung des **Marquis Begade Armijo** nicht eingewilligt. Immerhin gelte es aber als wahrscheinlich, daß der vorgenannte außerordentliche Botschafter der Königin-Regentin allein binnen absehbarer Zeit mit einem päpstlichen Großkreuze ausgezeichnet werden wird.

Colonialpolitisches.

Aus Kaiser-Wilhelmsland.

* Die Direction der **Neu-Guinea-Compagnie** hat jetzt ihren ersten Geschäftsbericht erstattet, der die Thätigkeit der Gesellschaft von ihrer Entstehung bis zum 31. März 1887 sehr übersichtlich zusammenfaßt. Die Gesammtfläche ihres Schutzgebietes hat rund 250,000 Quadrat-Kilometer oder 4464 geographische Quadrat-Meilen, gleich 46 Procent der Grundfläche des deutschen Reiches. Als wesentliche Aufgabe der Geschäftsleitung wurde die Ordnung der innern Rechtsverhältnisse, die nähere Erforschung des bisher ganz unbekannten Gebietes behufs Nutzbarmachung durch Ansiedlung oder Anbau, die Einrichtung einer örtlichen Verwaltung und die Herstellung einer regelmäßigen Verbindung mit dem Festlande aufgestellt. Als feste Niederlassungen sind bisher errichtet und ausgestattet die Centralstation Finschhafen, hauptsächlich als Handelsplatz und Sitz der Verwaltung mit der benachbarten landwirthschaftlichen Nebenstation am Butaueng, ferner die Station Hatzfeldthafen mit dem Tabakversuchsfelde und die Station Konstantinhafen mit einer größeren Pflanzung. In der Einrichtung begriffen sind ferner die Stationen am Augustafluß und im Bismarckarchipel. Die besondere wissenschaftliche Expedition unter **Dr. Schrader,** die im April 1886 in Finschhafen eintraf, hat ihr eigentliches Ziel, in das Innere des Kaiser-Wilhelmslandes bis zur Grenze einzudringen, hauptsächlich wegen Mangels an Trägern aufgeben müssen, sie hat sich mehr auf die Küstengebiete beschränkt und hier sowohl in botanischer wie geologischer Beziehung theilweise sehr bemerkenswerthe Erfolge erreicht.

SLUB
Wir führen Wissen.